

## Stadtrat

## Protokoll

SR-Nr: 2. Stadtratssitzung  
Datum SR-Sitzung: 23. März 2026  
Beginn: 19:00 Uhr  
Schluss: 20:35 Uhr  
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

---

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im digitalen Amtsblatt (<https://e-publikation.ch>) und auf der Website der Stadt Burgdorf ([www.burgdorf.ch](http://www.burgdorf.ch)) bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

---

### Teilnehmende:

**Stadtratspräsident** Adrian Merz

**Stimmenzähler** Marcel Suter, Jürg Grimm

**Mitglieder des Stadtrates** Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Tanja Blume, Marc Bracher, Hermann Dür, Claudia Fankhauser, Yves Greisler, Jürg Grimm, Pascal Hebeisen, Christian Hedinger, Martin Hohl, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Shana Kuster, Jonas Lauwiner, Barbara Lüthi-Kohler, Debra Marti, René Marti, Franziska Maurer Roschi, Simon Reusser, Manfred Schaffer, Philipp Schärf, Johanna Schlegel, Jeannine Seiler Keller, Marcel Suter, Beryll Veraguth, Jonas von Allmen, Claudia von Känel, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Urs Wüthrich, Gabriela Bannwart, Beat Neuenschwander, Samuel Knüsel, Waltraud Achtermann Wangler

**Entschuldigt** Raffael Fluri, Esther Liechti-Lanz, Anette Vogt

**Stadtpräsident** Stefan Berger

**Mitglieder des Gemeinderates** Theophil Bucher, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Peter von Arb, Elias Maier, Michael Ritter

**Entschuldigt** -

<b>Stadtschreiber</b>	Stefan Ghioldi
<b>Auskunftspersonen</b>	-
<b>Protokoll</b>	Brigitte Henzi

---

**Traktanden:**

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 26.1.2026	3
- Informationen des Stadtratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Orientierung; Mobilitätsstrategie	4
- Ersatzwahl GPK	7
- Kreditabrechnung; e-Kehrrechtswagen 2024	7
- Reglement über den Klimaschutz und die Spezialfinanzierung Klima (RKlima)	7
- Füllbach; Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt	12
- Rahmenkreditantrag Strassenunterhalt gemeinsam mit dem Leitungsbau Fernwärme	13
- Auftrag Mitte-Fraktion betreffend „Realisierung einer Solaranlage auf dem Logistikzentrum der Armee in Burgdorf“	15
- Auftrag Grüne, EVP und SP betreffend Begegnungszone um Bahnhof Oberburg	16
- Motion Jonas Lauwiner, König JL im Dienst für die Burgdorfer, betreffend Streichung von Art. 22 des Gemeindepolizeireglements (GPR)	18
- Überparteiliche Interpellation SP, EVP, Grüne, GLP, die Mitte, FDP, SVP/EDU und Jonas Lauwiner betreffend Begleitung von öffentlichen Beschaffungen	19
- Interpellation SVP-EDU-Fraktion betreffend Dienstreise des Stadtpräsidenten mit Teilen der Verwaltung nach Kopenhagen	19
- Interpellation glp-Fraktion betreffend Angebote für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen und Mehrfachbelastungen	20
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	20

### **Appell**

Der durch den Stimmzähler Grimm Jürg durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 37 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

---

### **Traktandenliste**

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

---

SRB: 2026-964 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 26.1.2026**

### **Verhandlung**

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 36 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung das Protokoll der Stadtratssitzung vom 26. Januar 2026.

---

SRB: 2026-965 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Informationen des Stadtratspräsidenten**

### **Verhandlung**

Stadtratspräsident Merz Adrian begrüsst die Anwesenden zur zweiten Sitzung im Jahr 2026. Im Speziellen begrüsst er als neues Mitglied im SR Achtermann Wally und wünscht ihr viel Freude im Amt.

Der Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe. Er hat an der hervorragenden Premiere der Theatergruppe Burgdorf «Wie im Himmel» von Kay Pollak im Casino Theater teilgenommen. Das Theater war absolut grandios. Die Theatergruppe Burgdorf hat bereits für den nächsten Januar ein neues Stück angekündigt. Ebenfalls im Casino Theater hat er an der Krönung teilgenommen. Das Kleinkunstfestival war grossartig und wunderbar. Der Vorsitzende teilt mit, dass der diesjährige Stadtratsausflug die FDP organisieren wird. Weitere Details folgen zu gegebener Zeit. Dem SR wurden heute Abend zwei Flyer verteilt. Zum einen zur bevorstehenden Industrienacht und zum anderen zum Jubiläum der JuBU.

---

SRB: 2026-966 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Informationen aus dem Gemeinderat**

#### **Verhandlung**

Stadtpräsident Berger Stefan informiert, dass man bei der zweiten Lesung im Grossrat bei der FILAG-Diskussion erfolgreich war. Ab 1. Januar 2027 erhält die Stadt Burgdorf seitens des Kantons rund 1.7 Mio. Franken.

Gemeinderat Maier Elias informiert über die Schliessung des biwak. Am Freitag war das Interview mit den Informationen zu lesen. Man hat jetzt auch Zahlen erhalten. Stand heute haben 82 von 84 Personen eine Anschlusslösung gefunden. 37 Personen werden in Bern durch KODA betreut und 12 Personen im Methadonprogramm von CONTACT Langenthal. Es gab 28 Übertritte zu Hausärzten und Apotheken, von denen insgesamt 8 Personen in Burgdorf leben. Erfreulicherweise hat eine Person den Anlass gerade dazu genommen, aus der Droge auszusteigen und braucht hoffentlich für immer keine Anschlusslösung mehr. Wichtig wird sein, dass man in Burgdorf für diejenigen, die nun eine Apotheke oder eine Hausarzlösung haben, die notwendigen Sozialdienstleistungen anbieten kann. Man ist weiterhin im Gespräch mit dem Kanton, allenfalls besteht auch die Möglichkeit mit CONTACT Mobil. Dies vielleicht im Rahmen der Leistungsvereinbarung oder es wird eine Anpassung der bestehenden Leistungsvereinbarung geben. Gemeinderat Maier Elias informiert zudem, dass die Sozialdirektion digitalisiert unterwegs ist, und zwar mit der E-Post. Die Sozialdirektion ist die erste Direktion, welche auf E-Post wechseln wird. Man wird also in Zukunft die Post nur noch digital zugestellt erhalten. Dies bringt diverse Vorteile, namentlich auch, dass bei den Fallbearbeitungen die jeweiligen Dossiers direkt zu den Sozialarbeitern gehen werden. Die Herausforderung ist, dass gewisse kantonale Stellen noch gar keine digitale Post haben, das heisst, man muss die Dossiers trotzdem wieder ausdrucken. Man hofft, dass dies auch noch gelöst werden kann. Gemeinderat Maier Elias dankt an dieser Stelle der Bereichsleiterin Hirsiger Marianne, die bei diesem Projekt einen grossen Support geleistet hat. Es sind sicher wichtige Vorarbeiten, auch für alle Direktionen, die zu einem späteren Zeitpunkt folgen werden.

---

SRB: 2026-967 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Orientierung; Mobilitätsstrategie**

#### **Verhandlung**

Gemeinderat Bucher Theophil informiert über die Mobilitätsstrategie. Die Mobilitätsstrategie ist auf der Website der Stadt Burgdorf aufgeschaltet. Der Gemeinderat (GR) hat im November des letzten Jahres die Mobilitätsstrategie verabschiedet. Die Mobilitätsstrategie wurde in einem längeren Prozess, der rund drei Jahre gedauert hat, aufgebaut. Man hat früh mit Regiomove angefangen und dort auch die Visionen und Vorstellungen von Stakeholdern abgeholt, wie sich der Verkehr entwickeln könnte. Man hat versucht, die gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen miteinzubeziehen und auch antizipieren, was sich weiter verändern wird. Ein wichtiges Dokument, das im Jahr 2022 durch den Bundesrat verabschiedet worden ist, sind die Verkehrsperspektiven des Bundes. Das Dokument ist empfehlenswert. Es ist ein spannendes und interessantes Dokument, bei dem der Bund wirkliche Szenarien entwickelt hat, wie sich der Verkehr entwickeln könnte. Die Klimastrategie war ebenfalls eine Grundlage, wie auch die Vision der Stadt Burgdorf. Diese hat den Prozess ein bisschen

in die Länge gezogen, weil diese Erkenntnisse einbezogen werden mussten. Deshalb hat man mit dem Finalisieren der Mobilitätsstrategie abgewartet. Das Stadtentwicklungskonzept konnte noch nicht abgeholt werden, weil die Erarbeitung erst erfolgt ist. Für die Mobilitätsstrategie wäre ein Stadtentwicklungskonzept wichtig, und auch umgekehrt. Diese Konzepte müssen immer wieder aufeinander abgestimmt werden. Die Mobilitätsstrategie wurde gestartet, bevor Bucher Theophil Gemeinderat war. Der Prozess für eine neue Mobilitätsstrategie hat eigentlich im Jahr 2015 angefangen. Die Mobilitätsstrategie wollte man endlich fertigstellen. Wenn das Stadtentwicklungskonzept vorliegt, wird die Mobilitätsstrategie wieder überarbeitet. Das Projekt «Emmentalwärts» des Kantons, welches in Planung, aber verabschiedet ist, stellt auch eine wichtige Grundlage dar. Man hat eine ausführliche Ist-Analyse der Mobilitätssituation in Burgdorf gemacht. Die Kernfrage war, wie man künftig in einer dichter werdenden Stadt eine optimale Mobilität sicher stellt mit mindestens gleicher oder höherer Lebensqualität. Der Bund hat sich diese Frage bei der Verkehrsperspektive auch gestellt und hat Szenarien erarbeitet wie zum Beispiel Business as usual. Ein weiteres Szenario nimmt primär Fokus auf die Nachhaltigkeit, also nachhaltige Gesellschaft. Ein weiteres Szenario ist die individualisierte Gesellschaft. Es entwickelt sich unkoordiniert. Der Bund hat ein Basisszenario sowie ein mittleres Szenario, dazwischen auch extremere, definiert. Es ist interessant zu sehen, wie es der Bund sieht, wie sich der Verkehr in den nächsten 20 bis 30 Jahren entwickeln wird. Es nachzulesen ist empfehlenswert und spannend. Auch die Kurzfassung ist süffig lesbar. Burgdorf hat eine sehr verkehrsberuhigte Situation. Das Netz von 30er- und 20er-Zone, Begegnungszone, ist mittlerweile in Burgdorf dicht. Es ist interessant, weil die Zonen mehrheitlich nicht von oben verordnet, sondern von den Quartiervereinen gewünscht wurden. In den letzten 15 Jahren haben sich etliche Quartiere Verkehrsberuhigungsmassnahmen gewünscht und in einem partizipativen Prozess umgesetzt. Zur Verkehrssituation von heute gibt es relativ viele Zahlen, aber es ist nicht alles konsistent. Im Bereich Monitoring und Controlling der Zahlen besteht Handlungsbedarf. Dabei handelt es sich um ein Massnahmenblatt, damit man in Zukunft bessere Datengrundlagen hat. Das ist fast in allen Politikbereichen so. Bei der Dorfdurchfahrt gab es ein paar Fakten, die überrascht haben. Die jüngsten Zahlen des Kantons in den Jahren 2021 bis 2024 zeigen bei der Dorfdurchfahrt, dass man DTV von 9'000 bis 17'000 Fahrzeuge pro Tag hat. Man spricht auch manchmal von 18'000 bis 22'000 Fahrzeugen. Das ist nicht so. Der tägliche Durchschnittsverkehr am Werktag ist je nach Strasse bei 9'000 bis 17'000 Fahrzeugen. Je nach Ausfallachse ist ein sehr unterschiedliches Verkehrsaufkommen zu verzeichnen. Teilweise steigend, teilweise aber auch stagnierend und sogar leicht rückläufig auf gewissen Achsen, was ein bisschen erstaunlich ist. Im ÖV hingegen ist überall eine Steigerung und sehr dynamisch zu verzeichnen. Auf gewissen Linien gibt es zwischen 10.00 und 24.00 Uhr eine Steigerung von über 300 Prozent. Die Zahlen sind extrem. Deshalb ist der Bushof in Burgdorf langsam aber sicher notwendig. Last but not least betrifft Burgdorf noch das Projekt «Emmentalwärts». Das vor allem mit den beiden Bahnunterführungen. Ansonsten sind keine riesigen Bauprojekte in Burgdorf geplant. Nach wie vor ist es so, dass nach aktuellen Zahlen 15 Prozent Durchgangsverkehr, 28 Prozent Binnenverkehr und relativ viele Zu- und Wegpendler zu verzeichnen sind. Die Ist-Analyse liess noch ein wenig aufhorchen. Die Grafik mit 26 Jahren Distanz zeigt, dass Burgdorf auf den Strassen ein klares Wachstum beim Verkehrsaufkommen verzeichnet, vor allem von der Buchmatt bis ins Zentrum der Stadt. Die Zählung erfolgte praktisch am gleichen Ort auf eine ähnliche Weise. Erstaunlich ist, dass es auch Stagnation oder zum Teil sogar eine leichte Verkehrsabnahme in den 26 Jahren gab wie beispielsweise an der Oberburgstrasse, Steinhofstrasse und der Bernstrasse. Die Massnahmen der letzten Jahrzehnte haben auch eine Verlagerung des Verkehrs weg von der Strasse bewirkt, vor allem betreffend ÖV und Langsamverkehr. In diesem Sinn war es nicht einfach wirkungslos. In der Mobilitätsstrategie wurden Handlungsfelder definiert. Die Handlungsfelder sind aus dem Prozess von Regiomove herausgekommen, die man partizipativ mit diversen Stakeholdern an mehreren Anlässen erarbeitet hat. Das Projekt «Emmentalwärts» ist beschlossen und musste deshalb nicht in Fokus genommen werden. Man

muss schauen, was man in Burgdorf selbst umsetzen kann und die Mobilität organisieren. Sie soll flächeneffizient vernetzt werden und verträglich sein. Das sind auch Ziele, die der Kanton für seine Mobilitätsstrategie ähnlich formuliert hat. Der Begegnungsraum soll attraktiv gestaltet werden und den Wirtschaftsverkehr effizient abwickeln. Die Kommunikation und das Controlling ist wichtig, damit man überhaupt weiss, wo man was auf der Strasse, der Bahn oder auf den Velowegen für die Zukunft hat. Es wurden 19 Massnahmen erarbeitet, die Verschiedenes in einer Breite abdecken von den man das Gefühl hat, dass es machbar und leistbar ist mit den internen Ressourcen. Es sind sinnvolle Projekte und Themen, die für eine sich rasch verdichtende Stadt auch nötig sind. Eine Massnahme betrifft die Velonetzplanung in Burgdorf, die man im Moment finalisiert. Den klassischen Veloring nach innen und aussen will man besser anschliessen, weil es ein kleines Manko gibt. Dazu ist auch noch ein Vorstoss hängig. Beim Kanton und der Region, bei denen Velobahnen ebenfalls Thema ist, konnte sich Burgdorf anschliessen. Das Velonetz in Burgdorf wird auf das kantonale abgestimmt, weil der Velonetzplan der Region ebenfalls bearbeitet wird. Der Veloring in Burgdorf soll vervollständigt werden und man will Velohauptverbindungen schaffen. Das Velonetz betrifft je nachdem ein unterschiedliches Mitfinanzierungsregime durch Bund oder Kanton. Es gibt Neubauelemente, wie zum Beispiel die Velobrücke beim Spital. Die Verknüpfung nach innen und aussen wird wichtig sein. Es gibt Bauprojekte wie einerseits die Unterführung beim Spital, die ein Teil des ganzen Projektes Emmental in Burgdorf ist, und andererseits hat man eine Fussgänger- und Velobrücke, die eine wichtige Verbindung sein wird. Es soll eine bessere Verbindung zwischen den beiden Quartieren geben, da es dort auch viele Schulwege betrifft. Im April geht die regionale Velonetzplanung in die öffentliche Mitwirkung. Es wäre spannend, möglichst viele Rückmeldungen zu erhalten. Der Artikel in der Bundesverfassung, welcher vor ein paar Jahren vom Souverän verabschiedet wurde, fasst die Velonetzhierarchie neu zusammen. Vor allem die Velobahnen an der Spitze dieser Hierarchie sind interessant. Die Velobahnen werden vom Bund und in der Folge auch vom Kanton und der Region als zukunftsweisende Infrastruktur identifiziert und sind hochwertig und qualitativ. Die besten Verbindungen im Velowegnetz, die ein hohes Verkehrsaufkommen oder Frequenzen ermöglichen, man spricht von mindestens 1'000 Nutzern pro Tag, verbinden das Zentrum direkt und unterbruchsfrei, so dass die schnellen Pendlern künftig auf dem Arbeitsweg komfortabel unterwegs sind, auch mit anderen Mitteln als mit dem ÖV. Velobahnen brauchen einen hohen Ausbaustandard. Es sind Premiumverbindungen und werden, davon ist der Bund überzeugt, direkt aus dem Handbuch des ASTRA übernommen. Velobahnen leisten mit ihrer Anziehungskraft einen wichtigen Beitrag zur Verkehrsverlagerung sowie zu Gesundheit, Umwelt- und Klimaschutz und haben einen positiven volkswirtschaftlichen Nutzen. Man hat es geschafft, dass Burgdorf für drei Velobahnen der Knotenpunkt ist. Die Velobahnen werden über den Veloring führen, damit wird dieser künftig beitragsberechtigt sein. Der Veloring muss noch weiter optimiert werden, wie zum Beispiel gegen Hindelbank entlang der Bahn. Gegen Kirchberg und Oberburg sind solche Velobahnen nach der neuen Strategie vonseiten des Bundes und Kantons geplant. Man wird versuchen, dranzubleiben und die Planung zu koordinieren und mit der Mobilitätsstrategie zu verknüpfen.

---

SRB: 2026-968 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Ersatzwahl GPK**

#### **Verhandlung**

Stadratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass Stadtrat Kämpf Jürg seine Demission als Mitglied und Vizepräsident der GPK per 5. März 2026 eingereicht hat. Die FDP schlägt als Nachfolgerin Stadträtin Fankhauser Claudia vor. Die GPK schlägt als Vizepräsidentin Stadträtin Marti Debra vor.

#### **Abstimmung**

1. Der Stadtrat wählt Claudia Fankhauser, Burgdorf, FDP, als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.
2. Der Stadtrat wählt Debra Marti als Vizepräsidentin der GPK.
3. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 36 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Anträge.

---

SRB: 2026-969 | Registratur-Nr. 3.11

### **Kreditabrechnung; e-Kehrrechtswagen 2024**

#### **Verhandlung**

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Abstimmung**

Die Kreditabrechnung über die Ersatzbeschaffung des Kehrrechtwagens mit Ausgaben von CHF 656'710.00 bei Minderausgaben von CHF 48'290.00 wird genehmigt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung.

---

SRB: 2026-970 | Registratur-Nr. 1.3.1

### **Reglement über den Klimaschutz und die Spezialfinanzierung Klima (RKlima)**

#### **Verhandlung**

Stadratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Der Vorsitzende informiert über das weitere Vorgehen, weil ein Antrag auf eine zweite Lesung eingereicht wurde. Zuerst erfolgt die Abstimmung über die zweite Lesung, bevor die Diskussion im SR erfolgt. Es sind viele Abänderungsanträge eingereicht worden und konnten in den Fraktionen nicht diskutiert werden. Wenn der Antrag für eine zweite Lesung angenommen wird, erfolgt die Bereinigung des Reglements sowie die Annahme oder Ablehnung an der nächsten Sitzung. Alle Abänderungsanträge können an der heutigen Sitzung erläutert und begründet werden. Es soll aber keine Grundsatzdiskussion erfolgen, dies soll erst stattfinden, wenn das Reglement effektiv verabschiedet

wird. Falls der Antrag für eine zweite Lesung abgelehnt wird, geht es normal weiter und der SR würde Artikel für Artikel bereinigen und am Schluss darüber abstimmen.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass ein grosses Diskussionsbedürfnis vorliegt. Die Stadtentwicklung und die Projektleitung nachhaltige Entwicklung haben basierend auf der Klimastrategie, die der GR vor zwei Jahren verabschiedet hat, das Klimareglement ausgearbeitet. Dies auch um eine Grundlage zu haben, um den Klimafonds zu überführen, damit man nachher griffiger weiss, wie man mit gewissen Dingen umgehen kann und will. Es ist klar, dass der SR seinen Teil zum Klimareglement beitragen will. Es hat gezeigt, dass ein grosses Bedürfnis vorhanden ist und mitgedacht wird. Der GR dankt für die detaillierten Rückmeldungen. Die Fraktionen haben sich vertieft mit dem Klimareglement auseinandergesetzt, was wertvoll ist. In diesem Sinn begrüsst der GR den Antrag auf eine zweite Lesung und, dass auf das Geschäft eingetreten wird. Eintreten bedeutet, dass sich alle Antragsstelle auf einer generellen Ebene äussern können und man den heutig formulierten Wortlaut mitnehmen kann. Die gemachten Inputs wird man bei einer allfälligen zweiten Lesung miteinbeziehen, ausser der SR behandelt und bereinigt das Klimareglement an der heutigen Sitzung. Das Klimareglement ist komplex. Es hat auch für den GR nicht gereicht, alle eingereichten Abänderungsanträge anzuschauen und zu diskutieren. Der GR ist gespannt auf die Entscheidung des SR und dankt für das engagierte Mitdenken.

#### **Abstimmung**

Antrag die Mitte-Fraktion auf 2. Lesung.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag zu.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass das Stadtratsreglement vorsieht, dass man bei einer zweiten Lesung allenfalls eine Redaktionskommission einsetzt. Der SR muss deshalb darüber auch noch abstimmen.

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass eine Redaktionskommission nur redaktionell tätig wird und nicht inhaltlich. Die Abänderungsanträge sind klar und gut begründet. Inhaltlich kann die Redaktionskommission nichts machen.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass gemäss Stadtratsreglement sich die Redaktionskommission für jeden Auftrag neu konstituiert und aus Mitgliedern des Büros, einem Mitglied der GPK und einem Mitglied des GR besteht.

Stadtratspräsident Merz Adrian möchte wissen, ob Stadtrat Dür Hermann einen entsprechenden Antrag einreicht.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, verneint die Frage.

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass die Fraktion nachfolgend ihre Abänderungsanträge erklären und begründen können, damit diese danach die anderen Fraktionen fundiert diskutieren können.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, warum man den Änderungsantrag zu Artikel 11 eingereicht hat. Der Klimafonds und das Reglement dazu sind im Gegensatz zu den anderen Spezialfinanzierungen sehr offen, breit und vielleicht auch ein wenig schwammig gefasst. Das ist der Sache und Thematik geschuldet. Man kann darin auch die Gefahr sehen, dass eine verdeckte Nebenrechnung erstellt wird. Man spricht auch von einem höheren Betrag als beim Vorgängerfonds. Man anerkennt, dass dieses Thema sehr wichtig ist und ein Nachfolgefonds zur Spezialfinanzierung Klimafonds notwendig ist. Der SR hat mit Budget und Jahresrechnung immer noch einen Kontrollmechanismus. Bedingung ist aber, dass die Entnahmekompetenz zusätzlich im Reglement mit der Gemeindeordnung angeglichen wird, daher der Änderungsantrag zu Artikel 11:

Absatz 1: Die Entnahmen erfolgen gemäss den Kompetenzen geregelt in der Gemeindeordnung vom 26. November 2000 (GO), Art. 60-62.

Absatz 2: Der Gemeinderat und der Stadtrat kann im Rahmen seiner Kompetenz eine Entnahmekompetenz delegieren.

Absatz 3: unverändert

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, stellt den Ordnungsantrag, dass der SR das Klimareglement chronologisch behandelt. Allenfalls könnte die Übersicht mit den verschiedenen Abänderungsanträgen, welche erstellt wurde, auf die Leinwand projiziert werden. Es macht Sinn, wenn der SR Artikel für Artikel durchgeht und die diversen eingereichten Abänderungsanträge durch die entsprechenden Parteien erläutert werden.

### **Abstimmung**

Ordnungsantrag Stadtrat von Allmen Jonas: Behandlung Klimareglement chronologisch.

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 20 Ja und 14 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Antrag zu.

## **DETAILBERATUNG**

(Artikel ohne Wortmeldungen werden nicht aufgeführt.)

### **Artikel 1**

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass man relativ viele Anträge eingereicht hat und diese auch begründet hat. Es macht deshalb wenig Sinn, jeden einzelnen von A bis Z vorzulesen. Es geht bei den Anträgen darum, dass ersichtlich ist, dass bereits genügend Gesetze, Vorschriften und Förderungsmassnahmen auf Bundes- und Kantonsebene existieren, um das gemeinsame Ziel Netto-Null bis ins Jahr 2050 zu erreichen. In Anbetracht der knappen finanziellen Mittel der Stadt Burgdorf und der nicht messbaren Wirkung auf die Klimaerwärmung ist eine Abweichung vom Netto-Null-Ziel bis ins Jahr 2050 von Bund und Kanton unverhältnismässig und würde die Stadt Burgdorf finanziell und strukturell überfordern. Bei den verschiedenen Änderungsanträgen geht es vor allem um zwei Punkte, die man geändert haben möchte. Es geht darum, dass Mehrkosten durch vorgezogene Massnahmen für den Klimaschutz vermieden werden. Zudem geht es darum, überbordende Bürokratie zur Überwachung und Berichterstattung zu vermeiden. Mit dem Artikel müsste man eine Berichterstattung und Statistik auf dem Stadtgebiet mit einer Treibhausgasmessung machen, was unmöglich ist. Für Private und Unternehmen heisst das, nebst der Steuererklärung müsste man vermutlich noch eine Treibhauserklärung abgeben. Die entsprechenden Zahlen müssten dann aufgearbeitet werden und in einem Diagramm wiedergegeben werden, was sicher zusätzliche Leute in der Verwaltung benötigt. Es braucht auch viele externe Berater, damit man überhaupt sieht, wie man damit umgeht. Im Reglement steht vielfach, dass man es nach Möglichkeit vermeiden soll. Dazu sind noch andere Wunschenken beim Reglement vorhanden. Es ist vieles nicht klar. Deshalb ist man ein wenig

enttäuscht, dass man die Parteien nicht vorgängig für eine Mitwirkung eingeladen hat. Bei einem neuen Reglement gehört dies normalerweise dazu, vor allem ein Reglement in diesem Umfang. Ein Erläuterungsbericht fehlt, damit man sieht, was es bedeutet und genau heisst. Die graue Emission vorher und nachher. Oder gehört der Kehrriech oder das Glas dazu und wie sieht es mit dem Recycling oder der Abwasserreinigungsanlagen und der Landwirtschaft aus. Das sind alles Fragen und Punkte, die gar nicht aufgeführt sind, deshalb ist eine Beurteilung relativ schwierig. Bei der Begründung liegt die Priorisierung auf das Jahr 2050. Die Bürokratie soll abgebaut werden und man soll, wo möglich, ein wenig detaillierter einschränken und eingrenzen. Es ist unklar, was das genau heisst, es kann alles sein. Man möchte flexibel bleiben und nicht noch zusätzliche Dinge einbringen bei den Prioritäten. Bei den Prioritäten hat der Schulraum die höchste Priorität. Die Klimaerwärmung kann nicht immer die höchste Priorität haben, sonst kann es sein, dass man plötzliche den Schulraum nicht mehr bauen kann.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, verzichtet zu jedem Antrag, den man gestellt hat, Stellung zu beziehen, da es relativ umfassend ist und es kaum möglich ist in zwei Minuten das entsprechende Votum dazu zu halten. Die Anträge wurden begründet und ist deshalb selbstredend. Es wird den Fraktionen überlassen, dies in aller Ruhe selbst zu beurteilen. Wenn Stadtrat Kämpf Jürg jetzt ins Detail gehe und sein vorbereitetes Votum hält, das er eigentlich heute nicht halten möchte, sondern erst, wenn das Klimareglement erneut im SR traktandiert wird. Er wird bei der zweiten Lesung die Gelegenheit nutzen, um den Grundsatz zu erläutern.

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass man gemäss Ordnungsantrag das Reglement Artikel für Artikel behandelt. Der nächste Artikel mit einem Änderungsantrag ist Artikel 3.

### **Artikel 3**

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man ein Abänderungsantrag zu Absatz 2 gestellt hat. Das Ziel Netto-Null bis ins Jahr 2030 ist ein sehr ambitioniertes Ziel, das sicher nicht erreicht werden kann, so wie es jetzt aussieht. Umso problematischer ist dann der zweite Satz, in dem das Ziel pauschal auch auf Institutionen mit städtischen Mehrheitsbeteiligungen ausgedehnt werden soll. Insbesondere dieser Satz muss gestrichen werden, weil damit auf die unternehmerische Freiheit und Eigenverantwortung von rechtlich selbstständigen Organisationen eingegriffen wird und die unterschiedlichen Voraussetzungen der Stadtverwaltung zu diesen privatrechtlich organisierten Gesellschaften berücksichtigt werden müssen. Zudem entstehen erhebliche finanzielle Risiken für die Gesellschaften, von denen man bis jetzt noch nicht weiss, was für Beträge zu erwarten sind. Solche pauschalen Verpflichtungen sind weder verhältnismässig noch sachgerecht.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man einen Abänderungsantrag zum Absatz 3 betreffend linearen Absenkpfad stellt. Man stellt den Antrag, dass die Forderung nach linearen Absenkpfeilen bis ins Jahr 2030 beziehungsweise 2050 gestrichen wird. Weshalb? Lineare Absenkpfade klingen physikalisch logisch, sind aber finanzpolitisch allerdings ausserordentlich teuer. Ein lineare Absenkpfad zwingt die Stadt Burgdorf dazu, Investitionen nach dem Kalender zu tätigen, um eine theoretische Quote zu erfüllen. Es ist also eigentlich eine Quotenlösung, die damit gewissermassen angestrebt wird, statt dass man nach wirtschaftlicher Vernunft, günstiger Opportunität oder technologischer Reife vorgeht. Mit Quoten riskiert man sogar, dass Projekte mit hoher Absenkwirkung verschoben werden könnten oder künstlich etappiert werden, um im Folgejahr auch noch Quoten erfüllen zu können. Das ist wirtschaftlich ineffizient. Man hat auch bei einem Entsiegelungsprojekt schon festgestellt, wo man auf eine Quotenlösung verzichtet hat und gesagt hat, man sei flexibel, dass man einmal vielleicht etwas mehr machen kann und dafür ein anderes Jahr weniger. Die SVP-EDU-Fraktion plädiert für mehr Flexibilität, weil man weiss, dass es weniger Kosten gibt.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass der lineare Absenkungspfad aus finanziellen Gründen hinterfragt werden muss und man schauen muss, was geschieht, wenn dieser nicht linear ist. Es stellt sich deshalb die Frage, was es für Massnahmen oder Sanktionen geben würde. Aus diesem Grund wurde der Abänderungsantrag eingereicht.

#### **Artikel 8**

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass es ein wichtiger Punkt ist, dass man schaut, diese Bürokratie und Berichterstattung nicht jährlich oder alle zwei Jahre über das ganze Gebiet verfügt, sondern man sich auf das Wesentliche beschränkt. Das würde heissen, einmal pro Legislatur. Entsprechend würde man auch schauen, dass die enthaltenen Punkte bei der Stadtverwaltung ebenfalls auch nur einmal pro Legislatur gemacht werden müssten. Ein weiterer Punkt ist, was auch Sinn macht, man müsste als Bürger und Unternehmer nicht jedes Jahr die Treibhausgaserklärung abgeben. Man würde sich auf grosse Treibhausgasemissionen von über 10 Prozent des gesamten Stadtgebietes beschränken und nicht, dass man dort das Hinterste und Letzte noch entsprechend erfassen und auswerten möchte. Das ist Bürokratie und nützt dem Klima gar nichts, im Gegenteil, das kostet nur noch etwas und verwirrt.

#### **Artikel 9**

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man eine Änderung betreffend Artikel 9 Absatz 2a beantragt. Dort steht, dass der Verwendungszweck dieses Fonds für Klimaschutzmassnahmen bereitgestellt werden soll, welche über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen. Man ist der Meinung, dass man diesen Artikel streichen sollte. Es gibt drei Gründe dafür. Erstens ist Burgdorf seit vielen Jahren aktiv im Klimaschutz tätig und es deshalb keine Übererfüllung braucht. Zweitens lässt die angespannte Finanzlage der Stadt Burgdorf keine freiwilligen Mehrausgaben zur Übererfüllung von Klimaschutzmassnahmen mehr zu. In der aktuellen Situation muss sich die Stadt Burgdorf vielmehr auf ihre Kernaufgaben und auf die Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten konzentrieren. Der dritte Grund ist, dass man auch das wirtschaftliche Prinzip des abnehmenden Grenzertrages betrachten muss. In der Praxis bedeutet dies, dass die Kosten für jedes zusätzliche Prozent an einer Verbesserungsmassnahme nicht etwa linear, sondern exponentiell steigen. Umgekehrt heisst das, dass der Nutzen pro ausgegebenen Franken, je weiter oben man ist, desto kleiner wird. Es ist daher wirtschaftlich nicht sinnvoll, zusätzliche Ausgaben zu tätigen, nur, um über den gesetzlichen Standard hinauszugehen. Das Geld fehlt dann nämlich genau dort, wo man mit dem gleichen Franken einen sehr viel grösseren Wert für die Umwelt, die Schulraumplanung, die Sozialhilfe und so weiter hätten. Die SVP-EDU-Fraktion ist deshalb der Meinung, ein übergeordnetes Gesetz einzuhalten ja, eine Übererfüllung nein. Stadtrat Dür Hermann teilt weiter mit, dass im Artikel 9 Absatz 3 verboten wird, beim Eintreten von Klimaschäden, den Fonds anzutasten. Man ist jedoch der Meinung, wenn man schon einen solchen Klimafonds aufnet, es dann doch nur logisch wäre, daraus auch allfällige Klimafolgeschäden zu bezahlen, da die Stadt Burgdorf dafür sowieso aufkommen muss. Sonst hat man möglicherweise eine Reserve in diesem Fonds, die man im Ernstfall gar nicht einsetzen darf. Man müsste die Stadtrechnung zusätzlich belasten. Wenn ein Hochwasser oder ein zweiter Lothar kommt und diverse Schäden angerichtet werden, ist die Stadt Burgdorf für gewisse Sachen zuständig und muss Geld aufbringen. Um die Schäden zu beheben, wäre es nichts als richtig, wenn man froh sein kann über den Klimafonds. Dort kann man einen Teil herausnehmen. Es wäre schade, wenn man einen Klimafonds hat, aber den Klimaschaden nicht daraus begleichen kann. Das macht keinen Sinn.

#### **Artikel 11**

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass die vorgesehene Regelung in Artikel 11 für das vorliegende Reglement eine ungesunde Macht- und Kompetenzverschiebung von

der Legislative zur Exekutive ist. Die SVP-EDU-Fraktion kann dem nicht zustimmen. Gerade bei der vorliegenden Spezialfinanzierung mit potenziell erheblichen Mitteln ist es zentral, dass die demokratische Kontrolle durch das zuständige Organ gemäss der Gemeindeordnung sichergestellt bleibt.

Stadratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass zu den Artikeln 12, 14, 15 und 16 keine Abänderungsanträge eingegangen sind. Zum Artikel 13 liegt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor, welche ihre Anträge bereits begründet haben. Zum Klimareglement hat man nur viel gehört und es liegt alles schriftlich vor. Die Unterlagen sind im online Tool aufgeschaltet und können dort eingesehen werden. Für die zweite Lesung des Klimareglements können die Fraktionen die Abänderungsanträge diskutieren und behandeln. Bei der zweiten Lesung kann die Diskussion und Beschlussfassung somit effizient erfolgen. Der Vorsitzende dankt für die Kooperation.

---

SRB: 2026-971 | Registratur-Nr. 2.8

### **Füllbach; Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt**

#### **Verhandlung**

Stadratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass Hochwasserschäden zunehmen können, nicht zuletzt aufgrund des Klimawandels. Ein solches Projekt ist teuer, das ist man sich bewusst. Man kommt aber nicht darum herum, etwas zu machen. Stadtrat Hedinger Christian appelliert an das Ausführungsorgan, beziehungsweise die Projektleitung, dass man die verschiedenen Möglichkeiten einer Finanzierung durch den Kanton und den Bund tatsächlich auch ausschöpft. Es gibt auch private Fonds, wie zum Beispiel der BKW-Fonds. Stadtrat Hedinger Christian teilt aus beruflicher Erfahrung mit, wenn man eine ökologische Zusatzmassnahme macht, auch den Subventionsatz von Bund und Kanton erhöhen kann. Es soll deshalb gut überlegt werden, ob man etwas mehr macht und dafür statt 60 dann 80 Prozent erhält. Das macht dann viel mehr aus als die Umsetzung der Massnahmen. Die Grüne-Fraktion stimmt dem Geschäft zu und appelliert an die Verantwortlichen, die möglichen Finanzierungsquellen zu nutzen, auch wenn man das Bruttoprinzip des Kredites beachten muss.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich vertieft mit dem Projekt auseinandergesetzt hat. Es ist unbestritten, wie bereits gesagt wurde, dass die klimatischen Bedingungen schwieriger werden und ausserordentliche Ereignisse viel häufiger eintreten können, als uns lieb ist. Deshalb begrüsst die SP-Fraktion die vorgeschlagenen Massnahmen zur Revitalisierung und zum Hochwasserschutz. Es ist positiv, dass der Füllbach ausgedolt und renaturiert wird. Das ist auch ein Mehrwert für die Klimaziele der Stadt Burgdorf. Die SP-Fraktion wünscht, dass das Projekt, wie bereits Stadtrat Hedinger Christian gesagt hat, entsprechend ausgearbeitet wird, damit man eine möglichst hohe Anzahl an Unterstützung vonseiten des Bundes und des Kantons erhalten kann. Man hofft, dass die Zusammenarbeit mit dem AMP, das auch Teil des Projektes ist, möglichst rasch stattfindet. Die SP-Fraktion begrüsst die Annahme des Projektes.

Stadtrat Wüthrich Urs, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man sich ebenfalls intensiv mit dem Hochwasserschutz und Revitalisierung des Füllbaches auseinandergesetzt hat. Man hat geschätzt, dass die Folgekosten aufgelistet sind und damit einem langjährigen Wunsch entsprochen wurde. Die SVP-EDU-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Gemeinderat Rappa Francesco dankt für die kurze Debatte im SR. Die vorgebrachten Anliegen und Bedenken werden entsprechend berücksichtigt und im Projekt einfließen, auch betreffend des AMP.

#### **Abstimmung**

1. Das Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt Füllbach wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Investitionskredit von brutto 2'108'000.00 genehmigt (Sachgruppen-Nr. 5020.01 Wasserbau, Kostenstellen-Nr. 2010.5020.04 Hochwasserschutz Füllbach).
3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt einstimmig den Anträgen zu.

---

SRB: 2026-972 | Registratur-Nr. 2.8

### **Rahmenkreditantrag Strassenunterhalt gemeinsam mit dem Leitungsbau Fernwärme**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass es bei diesem Geschäft einerseits um die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und andererseits auch um Vertrauen geht. Der GR und auch der SR, also wir alle zusammen, haben vor ein paar Jahren den Klimanotstand ausgerufen. Dabei sind verschiedene und auch klare Ziele formuliert worden. Mit diesem Geschäft liegt nun ein weiterer konkreter und umsetzbarer Schritt vor. Der Ausbau des Wärmeverbundes ist zentral für einen weiteren Schritt zur Erreichung unserer Klimaziele. Von der sich weiter zuspitzenden geopolitischen Lage auch eine Frage der Versorgungssicherheit zu einem vertretbaren Preis von uns allen. Die Gasölpreise werden bald wieder steigen. Eigentümerinnen und Eigentümer suchen nach Alternativen und die Mieterinnen und Mieter werden ebenfalls wieder zu den Leidtragenden. Die Heizkosten sind wieder ein wenig tiefer als noch vor zwei, drei Jahren, das wird sich aber leider wohl wieder ändern. Die Strasse von Hormus ist länger gesperrt. Davon kann man eigentlich ausgehen, auch wenn unser Kollege aus Übersee im Moment eine Kehrtwende verspricht. Die Einkäufe für Öl und Gas für die Jahre 2027 bis 2029 werden mit Aufschlägen verbunden sein. Der GR ist davon überzeugt, dass das Projekt als Ganzes Sinn macht. Ein anderer Weg würde zu unnötigen Verzögerungen und Mehrkosten führen und das nicht nur im Strassenbau. Betroffen wären auch unzählige Burgdorferinnen und Burgdorf. Man trägt eine gemeinsame Verantwortung gegenüber der Bevölkerung. Es ist klar, Baustellen belasten, und zwar alle die im Verkehr unterwegs sind, wie auch die Anwohnerinnen und Anwohner. Es betrifft auch die Lebensqualität. Deshalb hat sich der GR entschieden, aus den bereits erwähnten Gründen, den koordinierten Ansatz vorzuschlagen. Die Strasse soll nur einmal, dafür aber richtig aufgerissen

werden. Gemeinsam mit der Localnet AG wird die Belastung der Bevölkerung reduziert und man vermeidet doppelte Eingriffe. Die Arbeiten werden effizient und nachhaltig genutzt. Man ist damit auch schneller am Ziel des Wärmeverbundes. Es ist auch eine Frage des Respektes gegenüber der Bevölkerung in Burgdorf. Man trägt aber auch gemeinsame Verantwortung in der Prioritätensetzung. Der GR hat die Priorität im Tiefbau bei Strassensanierungen klimabewusst angesetzt, und zwar einstimmig. Nicht, weil es einfacher ist, sondern, weil es richtig ist. Man verbindet die notwendigen Strassensanierungen mit dem Ausbau der Fernwärme und richtet die Investitionen konsequent den politischen Zielen, insbesondere der Klimaneutralität bis ins Jahr 2030. Es ist schwierig, dieses Ziel zu erreichen. Es ist ein bedeutender und grosser Kredit, aber er ist über die Jahre gestaffelt und in der Finanzplanung berücksichtigt. Zudem schafft er langfristigen Nutzen für die Infrastrukturen und die Energieversorgung. Der Rahmenkredit gibt zudem die notwendige Flexibilität um abgestimmt auf das Bauprogramm der Localnet AG rasch und effizient zu handeln. Wenn der SR heute Nein sagen würde, sagt man nicht Nein zu Baustellen, sondern Ja zu längeren Baustellen und höheren Kosten. Der GR steht geschlossen hinter diesem Projekt, man ist überzeugt, dass es notwendig und im besten Interesse der Stadt Burgdorf ist. Der SR übernimmt aber die Verantwortung und setzt ein Zeichen als Vertretung der Bevölkerung. Der GR bittet deshalb den SR, dem hohen Rahmenkredit zuzustimmen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich mit dem Freipass für 16 Mio. Franken auf zehn Jahre hinweg schwergetan hat. Gemeinderat Rappa Francesco hat die Zusage gewisser Dinge gemacht. Trotzdem werden noch einige wichtige Punkte dargelegt. Der Kredit für den Strassenbau, der vor allem in den Quartieren stattfindet, soll vom GR nicht ohne Einbezug der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner ausgeführt werden. Man erwartet, dass jedes Projekt, besonders in den Quartieren, sorgfältig geplant ist und zusammen mit der betroffenen Bevölkerung unterstützt wird. Auch Verkehrsberuhigungsmassnahmen sollen diskutiert werden. Der SR und die GPK sollen ebenfalls miteinbezogen werden. Es sollen auch verkehrspolitische Aspekte einfließen, denn auch in zehn Jahren brauchen wir Lösungen, die fit sind für die künftigen Mobilitätsansprüche. Zusätzlich wird eine jährliche Berichterstattung zu abgeschlossenen und geplanten Aktivitäten verlangt. Positiv ist der weitere Ausbau des Burgdorfer Fernwärmenetzes. Als einziges Argument für diesen Kredit sind die möglichen Synergien mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes, und nur das ist valabel, um diesem Kredit zuzustimmen. Die SP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderats folgen und dem Geschäft ohne grosse Euphorie zustimmen.

Stadtrat Neuenschwander Beat, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass Rahmenkredite eine unschöne Sache sind, weil man viel Geld freigibt, ohne dass man anschliessend noch eine Kontrolle darüber hat. Das gefällt der GLP-Fraktion eigentlich nicht, trotzdem hat man sich entschlossen, dem Geschäft zuzustimmen, weil die Verwendung des Kredits klar definiert und auch fokussiert ist. Der Kredit beinhaltet vor allem Vorhaben, die auch sonst mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes realisiert werden müssten. Es macht wohl keinen Sinn, dass man jedes Mal über irgendein Einzelprojekt diskutiert. Man erwartet aber auch ein paar Dinge, vor allem, dass man Synergien nutzt, wenn man schon eine Strasse aufreisst. Weiter wird erwartet, dass man alle Leitungen ersetzt, die zu ersetzen sind, auch wenn das nicht in die Kompetenz der Stadt Burgdorf fällt. In diesem Sinn unterstützt die GLP-Fraktion den Rahmenkredit zum Strassenunterhalt.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass allseits bekannt sein dürfte, dass man nicht Fan von Strassenbau ist. Die Grüne-Fraktion hat das Geschäft eingehend diskutiert. Beim Rahmenkredit handelt es sich um einen grossen Betrag. Es braucht viel Vertrauen in den GR und in die ausführenden Organe, damit es dann auch funktioniert. Das Zückerchen, das man in der ganzen Vorlage gefunden hat, nicht diejenige wie die SP-Fraktion, sondern, dass man gleichzeitig

auch umsetzen kann, was die Stadtklimainitiative fordert, nämlich die Entsiegelung des Strassenraums, wo es möglich ist. Das vorliegende Geschäft ist die ideale Gelegenheit, damit man das tatsächlich auch wahrnimmt. In der Stadtratsvorlage wird es zweimal erwähnt und man setzt darauf, dass man effektiv etwas sieht und nicht einfach nur aufgerissen und wieder zu betonierte wird. Es muss nachher sichtbar sein, dass dort, wo möglich und die entsprechenden Grundlagen vorhanden sind, entsiegelt wurde.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass es wichtig ist, den Kredit von 16 Mio. Franken einzuhalten und nicht zu überschreiten. Stadtrat Lauwiner Jonas wird dem Rahmenkredit zustimmen.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass grundsätzlich bei allen Strassenprojekten die Quartierbewohnerinnen und -bewohner immer einbezogen werden. Man versucht immer so gut wie möglich zu kommunizieren, aber manchmal kommt man nicht bei allen an. Hauptthema beim vorliegenden Geschäft ist die Nutzung von Synergien. Es werden auch Leitungen ersetzt, die kaputt sind, und Strassen saniert, die in einem schlechten Zustand sind. Wo immer möglich wird die Entsiegelung gemacht. Die Schwammstadt ist auch im Tiefbau schon längst gegenwärtig. Gemeinderat Rappa Francesco hat vor rund zwei, drei Jahren über die geplanten mittelfristigen Strassenbauprojekte informiert. Die mittelfristige Planung dauert bis ins Jahr 2045. Diese Planung wurde zurückgestellt, weil man gewusst hat, dass der Wärmeverbundring vorgesehen ist. Wenn dieser vorliegt, werden die Strassenbauprojekte entsprechend angepasst. So werden Synergien genutzt. Es wäre sinnlos, wenn die Strasse zweimal aufgerissen würde, vor allem würde es auch mehr kosten. Die Zusammenarbeit mit der Localnet AG wird intensiviert.

#### **Abstimmung**

1. Das Projekt „Rahmenkredit Strassenunterhalt gemeinsam mit dem Leitungsbau Fernwärme“ wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit von brutto CHF 16'000'000.00 genehmigt (Sachgruppen-Nr. 5010.01 Strassen- / Verkehrswege, Kostenstellen-Nr. 2400.5010.30 Rahmenkredit Strassenbau nach Fernwärme).
3. Die Bewilligungskompetenz für die Einzelvorhaben wird dem Gemeinderat übertragen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 36 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung den Anträgen zu.

---

SRB: 2026-973 | Registratur-Nr. 1.7.1

**Auftrag Mitte-Fraktion betreffend „Realisierung einer Solaranlage auf dem Logistikzentrum der Armee in Burgdorf“**

#### **Verhandlung**

Stadratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass die Einsprache abgelehnt wurde. Weitere Details sind noch nicht bekannt. Man hat auch beim AMP nachgefragt. Der Auftrag kann nicht erneut verlängert werden und muss deshalb abgeschrieben werden.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass der Vorstoss dazu geführt hat, dass die Armasuisse nicht nur auf den bestehenden Bauten, sondern auch auf dem Neubau diese Photovoltaikanlage bauen würde. Natürlich vorausgesetzt, dass das Bauprojekt dann einmal genehmigt wird. Das kann noch lange dauern, so wie es aussieht. Und noch ein Hinweis, auch der Eigenbedarf von Solarstrom kann einen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz beitragen. Auch der Eigenbedarf nützt etwas. Die Mitte-Fraktion stimmt deshalb dem Antrag des GR zu.

### **Abstimmung**

Abschreibung des Auftrages.

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag zu.

### Ergänzende Information:

*Die Beschwerdeführenden haben das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes an das Bundesgericht weitergezogen, welches deren Antrag auf aufschiebende Wirkung auch bereits gutgeheissen hat.*

---

SRB: 2026-974 | Registratur-Nr. 1.7.1

## **Auftrag Grüne, EVP und SP betreffend Begegnungszone um Bahnhof Oberburg**

### **Verhandlung**

Stadtratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens des GR und der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadträtin Blume Tanja, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Situation beim Bahnhof Oberburg bekannt ist. Wenn man aus dem Zug aussteigt und dann Richtung Löwenkreuzung gehen will, muss man die Strasse, bei der momentan Tempo 30 gilt, ohne Zebrastreifen überqueren. Gerade zu Stosszeiten kann dort recht viel Verkehr sein und aufgrund der Kurve sieht man die Autos auch nicht gut. Es ist ein wenig eine unangenehme Situation. Dieses Anliegen wurde bei einem öffentlichen Anlass aus der Bevölkerung herangetragen, was zeigt, dass viele es auch so sehen. Es betrifft zudem auch Kinder, die vielleicht zum Fussball, ins Turnen, in die Schule oder zu Freunden wollen. Der Bahnhof Oberburg wird bald umgebaut, das Konzept wird im Jahr 2027 vorliegen. Es ist klar, dass vorher Massnahmen ergriffen werden müssen. Es geht hier um Verkehrssicherheit. Eine Massnahme wie eine Tempo-20-Zone, beziehungsweise eine Begegnungszone oder ein Zebrastreifen wären nicht so aufwendig, dass man lange damit warten müsste. Die Antwort des GR ist nicht gerade allzu ausführlich, deshalb betont man erneut, dass man auf eine rasche und wirksame Lösung hofft. Die SP-Fraktion bittet zudem den SR, sich dem Anliegen anzuschliessen und den Auftrag zu unterstützen.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP, teilt mit, dass man den Vorschlag begrüsst. Stadträtin Veraguth Beryll war beim Anlass, der Stadträtin Blume Tanja erwähnte, anwesend. Sie wohnte einmal an einem Ort, wo sie ebenfalls durch eine Tempo-30-Zone gehen musste, um zum Bahnhof zu gelangen. Bei einer Tempo-30-Zone wird trotzdem teilweise recht schnell gefahren. Zudem sind die Verkehrsregeln bezüglich der Fussgänger bei einer Tempo-30-Zone meistens unklar. Die Fussgänger haben keinen Vortritt und aus diesem Grund ist es gefährlich. An solchen Orten ist es nicht sehr praktisch, wenn kein Fussgängerstreifen vorhanden ist. Beim Bahnhof Oberburg sind die Lichtverhältnisse, vor allem in den Wintermonaten, schlecht und deshalb sehr gefährlich. Die EVP bittet deshalb den SR, den Auftrag zu unterstützen.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass er dort jeden Tag durchfährt und es ist fast unmöglich schneller als 20 oder 30 zu fahren. Früher hiess es, wenn man durch Burgdorf fährt, sind 50 zu schnell. Man hat deshalb teilweise auch Tempo 30 eingeführt und jetzt heisst es das ist zu schnell. Jetzt will man auf Tempo 20 runter. In zehn Jahren ist dann Tempo 20 zu schnell. Will man dann eine autofreie Zone machen? Einem Fussgängerstreifen kann Stadtrat Lauwiner Jonas zustimmen, weil es dort keinen gibt. Eine weitere Temporeduktion ist jedoch nicht nötig. Man lernt beim Autofahren, dass man die Geschwindigkeit der Umgebung anpassen muss. Es braucht lediglich gesunden Menschenverstand. Es braucht keine weiteren Beschränkungen und Regeln. Dem Auftrag kann Stadtrat Lauwiner Jonas nicht zustimmen, aber einen Fussgängerstreifen kann er unterstützen.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass es nicht direkt seinen Bereich betrifft. Im Grossrat hat man einen Vorstoss eingereicht, damit die Gemeinden die Autonomie erhalten, in Tempo-30-Zonen einen Fussgängerstreifen zu realisieren. Die Regierung war bisher immer anderer Meinung, weil man das Bundesrecht anders interpretierte. In der letzten Grossratssession lag der Vorstoss zur Abschreibung auf dem Tisch. Der Grossrat hat die Abstimmung einstimmig abgelehnt. Der Vorstoss ist also immer noch hängig. Bei der Interpretation, welche im Raum steht, ist es so, dass das Bundesrecht nicht definiert, sondern als Beispiel Schulen, Altersheime oder stark befahrene Strassen, wo auch viele Fussgänger unterwegs sind, bezeichnet. Bei der Interpretation des Bundes ist es eben nicht so, dass es nur diese Orte betrifft, sondern als Beispiele genannt werden. Die Regierung hat es immer anders interpretiert. Als Beispiel erwähnt Gemeinderat Rappa Francesco, dass bei der katholischen Kirche immer viele Schüler, welche ins Tech gehen, solange es noch da ist, dort die Strasse überqueren. Deshalb hat man dort, obschon man es eigentlich nicht kann, als Pilotprojekt einen Fussgängerstreifen aufgemalt. Die Situation hat sich deutlich verbessert, auch mit der Verkehrsberuhigung. Die Regierung muss noch einmal auf den Vorstoss reagieren und antworten. Ansonsten gibt es noch einen kleinen Dienstweg, nämlich auf Bundesebene.

### **Abstimmung**

Annahme des Auftrages.

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 36 Ja und 1 Nein Stimmen dem Antrag zu.

---

SRB: 2026-975 | Registratur-Nr. 1.7.1

**Motion Jonas Lauwiner, König JL im Dienst für die Burgdorfer, betreffend Streichung von Art. 22 des Gemeindepolizeireglements (GPR)**

**Verhandlung**

Stadtratspräsident Merz Adrian stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Gemeinderat von Arb Peter teilt mit, dass es bei der vorliegenden Motion um die Streichung von Artikel 22 des Gemeindepolizeireglements geht. Die Einwohner- und Sicherheitsdirektion hat in der internen Legislaturplanung die Überprüfung und Überarbeitung des ganzen Gemeindepolizeireglements bereits geplant. Deshalb wird mit dieser Motion ein Thema aufgegriffen, das in der Gesamtrevision des Gemeindepolizeireglements direkt mitgenommen werden kann. Das Reglement wurde im Jahr 2010 in Kraft gesetzt. Die letzte Anpassung erfolgte im Jahr 2015. Das Reglement verfügt über verschiedene Bestimmungen, die aus rechtlicher Sicht eine Überarbeitung bedürfen und vielleicht auch nicht mehr zeitgemäss sind. Dazu gehört auch der in der Motion aufgegriffene Artikel 22, der den Alkohol- und Tabakkonsum von Jugendlichen im öffentlichen Raum betrifft. Es wird klar festgehalten, dass der Jugendschutz für die Einwohner- und Sicherheitsdirektion, wie auch für den GR, sehr wichtig ist. Hier geht es vor allem auch um Prävention, da vor dem Konsum eigentlich auch eine Beschaffung von Alkohol oder Tabak erfolgen wird. Es werden zum Beispiel in der Prävention regelmässig Testkäufe durchgeführt. Die betroffenen Punkte der Motion, Artikel 22, werden aber heute bereits in übergeordneten Gesetzen seitens des Kantons und des Bundes aufgegriffen. Der aufgeführte Verweis zum Artikel 41 in der Begründung verweist auf das Alkoholgesetz des Bundes und nicht des Kantons. Zusätzlich wird im Gastgewerbegesetz des Kantons Bern eine klare Unterscheidung der Altersgrenzen 16 und 18 Jahre gemacht. In der Stadtratsvorlage konnte nachgelesen werden, dass die Einwohner- und Sicherheitsdirektion einen Sicherheitsbericht erstellt. Im Verlauf des Jahres 2026 soll ein differenziertes und umfassendes Bild der Sicherheitslage in der Stadt Burgdorf erstellt werden. Vielleicht ergeben sich dadurch auch spezifische Punkte, die im revidierten Gemeindepolizeireglement berücksichtigt werden können. Die neue Version des Gemeindepolizeireglements wird dem SR zu gegebener Zeit vorgelegt. Geplant ist die Umsetzung in der aktuellen Legislatur 2025 bis 2028. Der GR beantragt die Annahme der Motion.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass diese Änderung vorgeschlagen wird, damit das Reglement schlanker wird und nicht Unnötiges enthalten ist. Vieles wird bereits auf Bundesebene und vom Kanton geregelt.

**Abstimmung**

Annahme der Motion.

**Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 28 Ja und 9 Stimmen dem Antrag zu.

---

SRB: 2026-976 | Registratur-Nr. 1.7.1

**Überparteiliche Interpellation SP, EVP, Grüne, GLP, die Mitte, FDP, SVP/EDU und Jonas Lauwiner betreffend Begleitung von öffentlichen Beschaffungen**

**Verhandlung**

Stadträtin Marti Debra, namens der Interpellanten, dankt für die Beantwortung der Interpellation. Man hat den Eindruck, gleich schlau zu sein wie vorher und deshalb erklärt man sich mit der Beantwortung der Interpellation als nicht befriedigt.

**Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme nicht befriedigt.

---

SRB: 2026-977 | Registratur-Nr. 1.7.1

**Interpellation SVP-EDU-Fraktion betreffend Dienstreise des Stadtpräsidenten mit Teilen der Verwaltung nach Kopenhagen**

**Verhandlung**

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, dankt für die Beantwortung der Fragen zur Interpellation. Es wird festgehalten, dass man es grundsätzlich gut und richtig findet, dass sich die Stadt Burgdorf weiterentwickelt und auch von anderen Städten lernen will. Es entbindet aber nicht der Pflicht zur Transparenz und zum sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern. Man nimmt zur Kenntnis, dass eine Bildungsreise ins Ausland stattgefunden hat, was aber eben vor der Beantwortung der Interpellation nicht klar war. Es geisterte vielmehr das Gerücht herum, dass der Stadtpräsident mit Teilen aus der Verwaltung auf Reisen ins Ausland gegangen sei. Das findet man problematisch, insbesondere wenn einzelne Mitarbeiter auch den Termin im Outlookkalender offenbar auf privat stellen mussten. Es erweckt den Eindruck, dass man nicht gewollt hat, dass man darüber spricht. Für die SVP-EDU-Fraktion ist es ein zentraler Punkt, wenn Steuergelder eingesetzt werden, weil ein öffentliches Interesse besteht zu erfahren, wie die Steuergelder eingesetzt werden. Man kann nicht einfach sagen, es sei eine interne Angelegenheit. Es wird begrüsst, dass eine Nachbearbeitung stattgefunden hat und ein Abschlussbericht erstellt wurde, auch wenn dieser Bericht erst nach Einreichung der Interpellation erstellt wurde und notabene mit KI. Man hat die Antwort zur Auswahl der Stadt Kopenhagen gelesen. Gleichwohl ist man nach wie vor skeptisch, weshalb gerade eine der teuersten Städte in Europa und eine Metropole am Meer ausgewählt worden ist. Man ist der Ansicht, dass unsere Realität hier in Burgdorf eine andere ist. Gemäss den Antworten wurden drei Arbeitstage für die Reise nach Kopenhagen eingesetzt. Die Gesamtkosten betragen rund Fr. 16'000.-- bis 16'500.--. Auf den ersten Blick kann man sagen, dass es eigentlich noch geht. Aber pro Person sind die Kosten von etwas über Fr. 2'000.-- für drei Tage, dabei sind die Vorbereitung, die Arbeitszeit und die Lohnkosten der Teilnehmenden, noch nicht eingerechnet. Es gibt Leute, welche für diese Kosten eine Woche Ferien im Ausland verbringen. Wenn man als Stadt noch sparen muss, sind die Kosten ziemlich hoch. Es stellt sich auch die Frage, ob es wirklich notwendig war, dass man erste Klasse fährt. Man spricht sich nicht gegen Weiterbildung aus, aber ein gewisses Kostenbewusstsein darf man erwarten, vor allem

weil es um Steuergelder geht. Die SVP-EDU-Fraktion erwartet deshalb, dass bei solchen Reisen ein Mehrwert unmissverständlich vorhanden ist, die Kosten verhältnismässig sind und vor allem Transparenz von Anfang an besteht. Mit der Beantwortung der Fragen ist man grundsätzlich befriedigt.

#### **Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

---

SRB: 2026-978 | Registratur-Nr. 1.7.1

#### **Interpellation glp-Fraktion betreffend Angebote für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen und Mehrfachbelastungen**

##### **Verhandlung**

Stadträtin von Känel Claudia, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für die Antworten zu den gestellten Fragen. Wie man den Antworten entnehmen kann, sieht der Lehrplan 21 grundsätzlich keine Hausaufgaben vor, welche die Schülerinnen und Schüler nicht allein lösen können. Wenn man davon ausgeht, dass dies effektiv so ist, ist die Antwort zufriedenstellend. Im Austausch mit Lehrpersonen stellt man aber fest, dass Theorie und Praxis für Kinder mit Mehrfachbelastungen auseinandergehen. So haben Kinder mit ADHS im Unterricht oft Mühe, dem Inhalt zu folgen. Wenn dann die Eltern daheim kein Deutsch verstehen und auch kein Geld für Nachhilfeunterricht da ist, kann dies schnell dazu führen, dass die Kinder den Unterrichtsstoff nicht festigen können. Es gibt auch immer wieder Kinder, welche in der 3. Klasse noch nicht lesen können. Weder die Lehrpersonen noch die integrative Förderung haben genügend Kapazitäten, das Defizit im Rahmen des Schulunterrichts nachzuholen oder aufzuholen. Solche Kinder sind folglich nachher in allen Fächern benachteiligt. Die Schere der Chancengleichheit geht somit weiter auseinander. Mit der Antwort auf die Frage 1 ist man nur teilweise befriedigt. Die Chancengleichheit ist wichtig und deshalb wird man auch künftig ein Auge auf diese Thematik haben. Mit der Antwort auf die Frage 2 ist man befriedigt.

##### **Beschluss**

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme zur Frage 1 teilweise befriedigt und zur Frage 2 befriedigt.

---

SRB: 2026-979 | Registratur-Nr. 1.7.1

#### **Verschiedenes und Unvorhergesehenes**

##### **Verhandlung**

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht:

- Motion FDP-Fraktion betreffend Wiedereinführung einer Finanzkommission
- Interpellation Beryll Veraguth und Esther Liechti-Lanz (EVP) betreffend Probleme bei der Strassenbeleuchtung im Zusammenhang mit der Abschaltung von 3G

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, verabschiedet Stadtrat Reusser Simon. Er war drei Jahre im SR tätig und zügelt nun nach Bern, deshalb gibt er den Rücktritt aus dem SR. Er kannte sich gut in Energie- und Umweltfragen aus. Er arbeitet in der Verwaltung von Köniz und war eine gute fachliche Unterstützung. Er war gleichzeitig auch der Wohnnachbar von Stadtrat Hedinger Christian. Er wird vermisst werden. Stadtrat Hedinger Christian überreicht Stadtrat Reusser Simon ein Geschenk von Messer Klötzli, eine kleine nostalgische Erinnerung an unser schönes Burgdorf.

Stadtratspräsident Merz Adrian teilt mit, dass das online Tool für die Sitzungsvorbereitung verwendet werden soll und nicht für den Austausch von persönlichen Nachrichten gedacht ist. Wenn jemand eine persönliche Nachricht an jemanden hat, kann dies mit einer E-Mail erfolgen, da nicht der ganze SR unbedingt mitlesen muss. Für den Schlummertrunk ist im Hotel Stadthaus reserviert.

---

Burgdorf, 30. April 2026

Namens des Stadtrates:



Adrian Merz  
Stadtratspräsident



Brigitte Henzi  
Protokollführerin